

**FDP – Konrad-Adenauer-Platz 1 – 51465 BGL**

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz,  
Infrastruktur und Verkehr  
des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

**Herrn Christian Buchen**

Konrad - Adenauer – Platz 1  
51465 Bergisch Gladbach

**FDP-Fraktion im  
Rat der Stadt Bergisch Gladbach  
Jörg Krell – Fraktionsvorsitzender**

Zimmer 13  
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz  
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 / 14 23 14  
Telefax: 0 22 02 / 14 23 14  
Web: fdp-bergischgladbach.de  
E-Mail: fraktion@fdp-bergischgladbach.de

Bergisch Gladbach, den 31. März. 2015

**Sitzung des AUKIV am 29. April 2015 – Antrag der FDP Fraktion**

Lieber Herr Buchen,

die FDP bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der AUKIV - Sitzung am 29. April zu nehmen.

**Antrag:**

Der AUKIV möge beschliessen:

Die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach wird beauftragt, durch ein externes Planungsbüro eine konzeptionelle Rahmenplanung für den Kernbereich von Bergisch Gladbach-Schildgen durchführen zu lassen.

Ziele dieser Konzeptentwicklung sind:

- 1.) eine Verbesserung des Verkehrsflusses durch Schildgen wie auch der Verkehrssicherheit. Schildgen ist Knotenpunkt der Verkehrsachsen Bergisch Gladbach Stadtmitte – Leverkusen wie auch Odenthal (Bergisches Land) – Köln).
- 2.) eine Erhöhung der Lebensqualität für Schildgener Bürger (Einkäufe, Aufenthalt, Begegnung, Ruhe im Kernbereich des Ortsteils )

Es sind sowohl kurzfristige, wie auch langfristige Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Der finanzielle Aufwand soll auf ca. 20.000 Euro begrenzt werden.

**Begründung:**

Die Verkehrsbelastung in Schildgen ist in den letzten Jahren, sowohl beim

Individual- als auch beim LKW Verkehr, stark angestiegen. Es kommt zu erheblichen Behinderungen, Lärm- und Abgasemissionen. Das Potential für Unfälle, insbesondere mit Fußgängern (Schulkinder), ist deutlich erhöht.

Die Lebensqualität im Kernbereich hat in den letzten Jahren stetig abgenommen. Einkäufe und Begegnungen in einem akzeptablen Ambiente sind nicht mehr möglich. Weite Teile der Bürgerschaft reagieren mit Unmut und Frustration. Die Thematik ist mittlerweile von einer überparteilichen Bürgerinitiative aufgegriffen worden. Es hat bereits zahlreiche Diskussionen mit Vertretern der Politik und der Verwaltung gegeben. Doch es fehlt die sachlich faktische Basis für die Bewertung von Optionen.

Nur eine derartige Untersuchung kann realistische Handlungsoptionen aufzeigen, welche die Politik in Diskussion mit den Bürgern bewerten und umsetzen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Krell